



Nummer: 148/2013
den 20. Nov. 2013

Mitglieder des Kreistags
des Landkreises Esslingen

- Öffentlich
 Nichtöffentlich
 Nichtöffentlich bis zum
Abschluss der Vorberatung

- KT
 VFA 5. Dez. 2013
 ATU
 ATU/BA
 SOA
 KSA
 JHA

Betreff: Zuschuss zu den ÖPNV-Kosten für die Beschäftigten
des Landkreises

Anlagen: -

- Verfahrensgang: Einbringung zur späteren Beratung
 Vorberatung für den Kreistag
 Abschließender Beschluss im Ausschuss

BESCHLUSSANTRAG:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss beschließt zum 1. Januar 2014 eine monatliche Bezuschussung der ÖPNV-Kosten für die Beschäftigten der Landkreisverwaltung in Höhe von monatlich 10 EUR pro Ticket.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Im Haushaltsplanentwurf 2014 sind hierfür keine Planmittel eingestellt. Für die Umsetzung der Maßnahme sind im Änderungsverzeichnis zum Haushaltsplan 2014 im Teilhaushalt 1, Ergebnishaushalt bei Produktgruppe 1121 (P11210602, Konto 44110000) 20.000 EUR aufzunehmen.

Sachdarstellung:

Der Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) hat im Rahmen der Tarifierfassung zum 1. Januar 2014 die Weiterentwicklung des Firmentickets beschlossen. Unter anderem wird eine Anreizkomponente eingeführt, durch die bei einer Bezuschussung der Firmentickets durch den Arbeitgeber in Höhe von monatlich 10 EUR dessen Beschäftigte künftig den erhöhten Rabatt in Höhe von 10% statt 5% erhalten. Die Umsetzung soll ab 01.04.2014 greifen.

Das Landratsamt Esslingen plant, grundsätzlich mit einem Zuschuss den Umstieg der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom PKW auf Bus und Bahn aktiv zu unterstützen. Neben dem ökologischen Aspekt ist es auch das Ziel der Verwaltung, den steigenden Parkdruck rund um das Landratsamt zu entspannen.

Um den Erfolg dieser Maßnahme und die damit zusammenhängenden Kosten einschätzen zu können, wurde eine Kurzumfrage bei den Bediensteten in den Verwaltungsgebäuden Pulverwiesen durchgeführt. Demnach nutzen rund 15% der Mitarbeiter (ca. 70 Mitarbeiter) bereits öffentliche Verkehrsmittel. Durch einen Zuschuss vom Landkreis könnten sich ggf. weitere 15% der Beschäftigten vorstellen, auf Bus und Bahn umzusteigen. Ob diese Zahlen tatsächlich zu realisieren sind, bleibt abzuwarten.

Die Verwaltung rechnet aufgrund der Umfrage mit jährlichen Kosten in Höhe von 20.000 EUR.

Der Zuschuss des Arbeitgebers zu den Fahrtkosten ist nicht durch gesetzliche Regelungen oder Tarifvertrag abgedeckt und stellt eine durch den Ausschuss zu beschließende Freiwilligkeitsleistung dar.

Die Bezuschussung der ÖPNV-Kosten wird auch von der CDU-Fraktion in den Anträgen zum Haushalt 2014 vorgeschlagen.

Heinz Eininger
Landrat